

Berlin 21

1. Mit welchen Maßnahmen und Projekten konnten Sie den Abgeordnetenhaus-Beschluss zur Lokalen Agenda21 von 2006 bisher unterstützen?

Berlin wird immer mehr eine nachhaltige Metropole. Die SPD begleitete unsere Stadt auf dem bisherigen Weg dahin und setzt die weiteren Schritte effektiv um. Wir haben das ehrgeizige Berliner Klimaschutzziel festgeschrieben und werden bis 2020 eine CO₂-Reduktion von 40 % erreichen. Der hohe Anteil umweltfreundlicher Mobilität – ÖPNV sowie Fuß- und Radverkehr – tragen wesentlich dazu bei. Auch die Einführung der Umweltzone hat einen wichtigen Beitrag geleistet. Unser klimapolitisches Arbeitsprogramm und der Lärmmindeungsplan wirken aktiv für eine bessere Umwelt und für ein nachhaltiges Berlin und verschaffen den Berlinerinnen und Berlinern ein weiteres Stück Lebensqualität. Im Ergebnis kann sich Berlin als klimafreundlichste Metropole Europas betrachten. Die Umsetzung des Abgeordnetenhaus-Beschlusses zur Lokalen Agenda 21 ist für uns daher nicht nur Lippenbekenntnis, sondern Maßstab einer konkreten Politik für die Menschen heute und für zukünftige Generationen.

2. Wie werden Sie das Jahrhundertleitbild „Nachhaltige Entwicklung“ über die nächsten fünf Jahre in Berlin umsetzen und in die wesentlichen Politikfelder integrieren?

Alle Bereiche sozialdemokratischer Politik in Berlin orientieren sich am Leitbild der Nachhaltigkeit und wirken in diesem Sinne zusammen. Dabei gehen wir vor allem davon aus, dass Arbeit und Umwelt keine Widersprüche sind. Energie- und Ressourceneffizienz sind die Schlüssel für die Erreichung der Klimaschutzziele und der Schlüssel für neue und zukunftsfähige Arbeitsplätze. Auf allen Ebenen führen sozialdemokratische Verantwortungsträgerinnen und -träger den Dialog und den Austausch mit den im Agenda-Prozess engagierten Verbänden, Initiativen und Einzelpersonen. Alle sozialdemokratisch geführten Senatsverwaltungen und Bezirksamts-Ressorts gestalten ihre Politik stets unter dem Blickwinkel der Nachhaltigkeit.

3. Wie werden Sie Nachhaltigkeit auch in wesentlichen gesellschaftlichen Bereichen voranbringen, z.B. in der Wirtschaft und im Bildungsbereich?

Nachhaltigkeit ist heute der Schlüssel für eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung in einem hochentwickelten Land wie Deutschland, wesentliches Feld für zukunftsfähige Technologien und Produkte und somit zentral für die Bewahrung unserer Wettbewerbsfähigkeit. Hierfür bedarf es der Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft. Diese steht seit zehn Jahren ganz oben auf der Prioritätenliste des SPD-geführten Senats. Berlin ist hier erfolgreich. Viele Arbeitsplätze sind in Berlin in der nachhaltigen Wirtschaft entstanden. Das soll so bleiben. Wir wollen Unternehmen, die sozial, ökologisch und betriebswirtschaftlich nach-

haltig wirtschaften. Nachhaltigkeit bedeutet auch Nachhaltigkeit für die eigene Gesundheit. Deshalb setzen wir uns auch für faire Arbeitsbedingungen und einen wirksam Arbeitsschutz in den Betrieben ein.

Nachhaltigkeit als Prinzip zukunftsfähigen Wirtschaftens und Lebens erfordert Wissen über die Zusammenhänge des eigenen Tuns. Es muss Inhalt von Bildung sein. Wir setzen uns dafür ein, dass Nachhaltigkeit Bestandteil der Lehrpläne in den Schulen ist. Nachhaltige Bildung beginnt jedoch schon in der frühen Kindheit, in der die Grundlagen für Alltagskompetenz und die eigene Lebensgestaltung gelegt werden, kognitiv und emotional. Wir haben in Berlin das Kita-Bildungsprogramm beschlossen. Es setzt die richtigen Schwerpunkte für Bildung im Bereich der Nachhaltigkeit.

Bei der Essensversorgung in unseren Schulen und Kitas werden wir darauf hinarbeiten, dass verstärkt Produkte der regionalen Landwirtschaft zum Einsatz kommen und der Anteil von Erzeugnissen des ökologischen Anbaus steigt.

4. Wo sind Ihre künftigen Schwerpunkte einer Berliner Nachhaltigkeitsstrategie?

Wichtigstes Nachhaltigkeitsziel ist für uns die Umsetzung des ehrgeizigen Klimaschutzzieles, bis 2020 eine CO₂-Reduktion von mindestens 40 % erreichen. Berliner Unternehmen arbeiten bereits führend an diesem drängenden Problem unserer Zeit: an umweltfreundlichen Produkten und Dienstleistungen. Berlin ist schon heute die Hauptstadt nachhaltiger Technologien, von der Energieerzeugung über das Abfallrecycling bis hin zur intelligenten Mobilität. Deshalb werden wir die mit sehr hohen Wirkungsgraden und praktisch schadstofffrei arbeitende sowie dezentral und effizient in vielen Bereichen einsetzbare Brennstoffzellen-Technologie in Berlin gezielt fördern.

Die SPD formt Berlin zu einer „Smart City“ – einer Stadt mit intelligenter Steuerung in Bereichen wie Verkehr, Energie und Verwaltung. So schaffen wir Jobs, verbessern die Information für die Bürgerinnen und Bürger und steigern die Dienstleistungsqualität. Dazu bauen wir die bereits stark aufgestellte Informations- und Kommunikationstechnologie weiter aus. Ein wissenschaftliches Kompetenzzentrum soll Zukunftsthemen wie „Smart Grid“, also ein intelligentes Stromnetz, Photovoltaik und hocheffiziente Turbomaschinen bündeln. Energieeffizienz ist ein Schlüssel zum Wachstum von Industrie und Handwerk. Bei unseren Programmen zur Gebäudesanierung werden wir weiterhin den Schwerpunkt auf Energieeffizienz legen. Zudem gestalten wir die Gebäudebewirtschaftung der landeseigenen Immobilien nachhaltig. Auch wollen wir das „Energie-Contracting“, also die Lieferung von Energie und die Bereitstellung von Betriebsanlagen durch externe Dienstleister, noch weiter ausbauen und mit energetischer Sanierung kombinieren. Eine wichtige Rolle wird dabei die Berliner Energieagentur spielen.

Frage 5: Gibt es in Ihrer Landespartei und in Ihrer Fraktion Arbeitsgremien, die sich primär mit nachhaltiger Entwicklung befassen? Wenn ja: Welche Maßnahmen wurden bisher umgesetzt oder sollen noch umgesetzt werden?

In der Berliner SPD gibt es auf Landesebene den Fachausschuss X – Natur, Energie, Umweltschutz, in der Fraktion im Abgeordnetenhaus befassen sich insbesondere die Arbeitskreise Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung sowie der Arbeitskreis Gesundheit, Umwelt, Verbraucherschutz mit den zentralen Fragen der Nachhaltigen Entwicklung. Außerdem gibt es in den Bezirken eine Vielzahl lokaler Arbeitskreise der SPD zum Thema Nachhaltigkeit/Lokale Agenda 21. Diese Arbeitsgremien der Partei und Fraktion wirken mit ihrem Expertenwissen kontinuierlich bei der Formulierung und Umsetzung sozialdemokratischer Politik in Berlin mit, zuletzt bei der Erarbeitung und Beschlussfassung des SPD-Wahlprogramms.

Frage 6: Wie würden Sie eine ressortübergreifende Arbeitseinheit in den Berliner Landesinstitutionen z.B. in der Senatskanzlei aufbauen?

Eine koordinierende Tätigkeit war für die Zeit der Erarbeitung der Ziele der Lokalen Agenda 21 erforderlich und wurde durch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung wahrgenommen. In der Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele muss der Nachhaltigkeitsgedanke aus unserer Sicht zum integralen Bestandteil der Arbeit aller Verwaltungen in Senat und Bezirken werden. Dies ist aus Sicht der SPD schon sehr weit vorangekommen. Eine separate Arbeitseinheit ist aus unserer Sicht deshalb nicht mehr zeitgemäß, sondern würde nur eine zusätzliche bürokratische Ebene ohne großen Nutzeffekt bringen. Anders formuliert: Auf der Ebene der Hauptverwaltung ist nicht eine separate neue Arbeitseinheit die Schaltstelle zur Koordination der Nachhaltigkeitsstrategie, sondern der Senat selbst.

Erforderlich ist allerdings eine regelmäßige Nachhaltigkeitsberichterstattung auf der Basis von Kernindikatoren. Für diese wird sich die SPD in der nächsten Wahlperiode einsetzen.

Frage 7: Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass der Nachhaltigkeitsprozess sowohl auf der Landes- als auch der Bezirksebene zur Pflichtaufgabe gemacht und entsprechend finanziell abgesichert wird?

Der Agenda-Prozess ist in nahezu allen Bezirken verankert, wird allerdings unterschiedlich organisiert und gestaltet. In mehreren Bezirken gibt es formelle Beschlüsse der Bezirksverordnetenversammlungen zur Erstellung und Umsetzung einer bezirklichen Agenda 21. Die Koordination, Beratung und Vernetzung der Agenda-Aktivitäten erfolgt entweder über die Bezirksverwaltungen, einen Agenda-Rat oder durch einen Verein. Aus Sicht der SPD besteht kein Anlass zur Sorge, dass die Bezirke den Nachhaltigkeitsprozess nicht als Pflichtaufgabe ansehen. Wo Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in den Bezirken Verantwortung tragen, werden sie sich immer dafür einsetzen, dass das so bleibt und die erforderlichen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Dasselbe gilt für die Ebene des Landes.

II. Handlungsfelder der Lokalen Agenda

1) Das soziale Leben in der Stadt gestalten

- **Wie senkt Berlin seine Armutsquote unter 10%?**

Der wichtigste Schlüssel zur Bekämpfung von Armut ist es, Menschen wieder in Arbeit zu bringen. Die SPD in Berlin setzt darauf die Stärken unserer Wirtschaft zu stärken: Verkehrs-

und Energietechnik, Medizintechnik und Gesundheitswirtschaft, Kommunikationstechnologie, Tourismus und Kreativwirtschaft. Damit diese Sektoren tatsächlich Arbeitsplätze für die Menschen in unserer Stadt schaffen, gehört eine aktive Qualifizierungs- und Arbeitsmarktpolitik dazu. Die SPD Berlin steht für eine enge Verzahnung von Arbeitsmarkt-, Struktur- und Bildungspolitik. Wir wollen allen Menschen eine Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt ermöglichen. Wir planen eine Reform der Jobcenter. Sie sollen dezentraler arbeiten, kleiner werden und näher an den Menschen sein. Dafür wollen wir in ausgewählten Bezirken ein „Modellprojekt für Musterjobcenter“ aufstellen. Hier werden die Jobcenter in die Kieze verlegt.

Sinnvolle öffentliche Beschäftigung ist weiterhin nötig, um Wege in Beschäftigung zu eröffnen. Auch künftig wird der zweite Arbeitsmarkt eine feste Säule der Qualifizierungspolitik sein. Wir wollen ihn zielgerichteter ausrichten und den Qualifizierungsanteil erhöhen. Gemeinwohlorientierte Arbeit bauen wir weiter aus. Gleichzeitig werden wir die landeseigenen Betriebe stärker in die aktive Arbeitsmarktpolitik einbinden. Die SPD Berlin setzt sich für die Gründung von Dienstleistungsagenturen ein. So entstehen Arbeitsplätze für wohnortnahe und personenbezogene Dienstleistungen.

Entscheidend ist es, die soziale Situation in belasteten Quartieren zu stabilisieren, um zu verhindern, dass ganze Stadtteile und die in ihnen lebenden Menschen abgehängt werden. Durch eine gezielte Förderung müssen die Bewohner in den Quartieren stabilisiert, ermuntert und aktiviert werden. Dazu hat die SPD das Programm der Sozialen Stadt erfolgreich in Berlin umgesetzt. Der Erhalt des sozialen Zusammenhalts und seine Wiederherstellung, wo er verloren gegangen ist, werden auch in den nächsten Jahren eine der herausragenden Zielstellungen für uns sein. Unser Senat hat mit dem Quartiersmanagement und den darauf aufbauenden „Aktionsräumen Plus“ Instrumente der Intervention entwickelt, die durch ein hohes Maß an Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und die Bündelung staatlicher Angebote die Nachbarschaften stabilisieren. Die Menschen bringen sich wieder ein in ihrem Kiez. Diese Arbeit, die inzwischen von vielen anderen Städten als vorbildlich übernommen worden ist, wie z.B. die Stadtteilmütterprojekte, werden wir fortsetzen, auch wenn wir von der schwarzgelben Politik auf Bundesebene nicht mehr hinreichend unterstützt werden.

Einen zentralen Schwerpunkt sehen wir in der Bildungspolitik. Im Berliner Schulwesen wollen wir die herkunftsbedingten Ungleichheiten abbauen und Chancengleichheit ermöglichen. Hier haben wir in der zu Ende gehenden Wahlperiode wichtige Reformen in Berlin auf den Weg gebracht. Wir haben die Sekundarschulen und die Gemeinschaftsschulen geschaffen. Berlin ist schon heute Spitze beim Ausbau der Ganztagschulangebote. In der nächsten Legislaturperiode wollen wir den flächendeckenden Ausbau von Ganztagschulen fortsetzen. Wir stärken die Schulsozialarbeit durch ein „Programm Soziale Schule“.

Wir wollen Stadtteilzentren, Nachbarschaftshäuser, Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen erhalten. An rund 200 Kitas in Berlin wollen wir Familienzentren einrichten, die koordinierte Beratung und Unterstützung für Familien anbieten. Besonders in sozialen Brennpunkten sehen wir hier einen erhöhten Bedarf. Die SPD will in allen Bezirken das Konzept „Bürgeramt Familie“ umsetzen. Familien sollen hier zu allen sie betreffenden Fragen beraten werden.

- **Ziel des Berliner Nachhaltigkeitsprogramms sind gleichwertige Lebens-, Wohn- und Umfeldverhältnisse. Wie wollen Sie Mietsteigerungen und Verdrängungsprozesse verhindern?**

Die entscheidenden gesetzlichen Regelungen zur Steuerung der Miethöhen werden auf Bundesebene gesetzt. Deshalb hat der SPD-geführte Senat eine Bundesratsinitiative zur Änderung des Mietrechts auf den Weg gebracht. Um den Mietauftrieb zu verlangsamen, soll es Vermietern zukünftig nur noch erlaubt sein, die Miete innerhalb von drei Jahren um 15 Prozent zu erhöhen. Bislang gilt eine Erhöhungsgrenze von 20 Prozent innerhalb von zwei Jahren. Auch Mieterhöhungen bei Modernisierungen sollen von 11 Prozent der Modernisierungsaufwendungen auf 9 Prozent gesenkt werden.

Wichtigstes mietenpolitisches Steuerungsmittel auf der Ebene des Landes sind die öffentlichen Wohnungsunternehmen. Die SPD bekennt sich zu ihrem Gemeinwohlauftrag. Eine Privatisierung des öffentlichen Wohnungsbestandes lehnen wir ab; ihr Bestand soll auf 300.000 Wohnungen erhöht werden. Die SPD will weiterhin die öffentlichen Wohnungsgesellschaften für eine aktive Mietpreis begrenzende Politik einsetzen. Dafür sollen Zielvereinbarungen mit den Unternehmen abgeschlossen werden. Um den Anstieg der Vergleichsmieten im Mietspiegel zu dämpfen sollen die städtischen Gesellschaften dazu verpflichtet werden, auch bei Neuvermietungen die Wohnungsmiete auf den Vergleichswert des Mietspiegels zu begrenzen.

Auch die Mietensituation in den Sozialbauwohnungen gibt Anlass zur Sorge. Schon heute haben rund 37 Prozent der Sozialmietwohnungen in Berlin eine höhere Miete als vergleichbarer Wohnraum nach dem Mietspiegel. Deshalb hat der Senat eine Gesetzesinitiative für ein Wohnraumgesetz gestartet. Für Sozialwohnungen soll in den betroffenen Teilbereichen der Stadt das Kostenpreisrecht durch eine soziale Richtsatzmiete festgelegt werden. Diese leitet sich aus dem jeweils geltenden Mietspiegel her.

Wir wollen auch die Zweckentfremdungsverbotsverordnung wieder einführen, um die Umwandlung von Mietwohnungen in Ferienwohnungen einzudämmen.

2) Bürgerschaftliches Engagement und Partizipation

- **Wie wird die Zivilgesellschaft an der Fortschreibung von Berlins Nachhaltigkeitsstrategie beteiligt?**

Die SPD sieht in einer weiteren Stärkung partizipatorischer Ansätze und Verfahren auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen ein hohes Potenzial zur Aktivierung der Bevölkerung und zur Stärkung von Teilhabe. Dies kann auf verschiedenen Wegen erfolgen. Durch die kontinuierliche Teilnahme an Agenda-Arbeitsgruppen auf bezirklicher Ebene, aber auch sporadisch durch die Beteiligung an einzelnen Planungen in der Stadt. Beteiligung kann informell, aber auch formell durch Volksbegehren und Volksentscheide erfolgen. Wir haben Bürger- und Volksbegehren in die Verfassung von Berlin aufgenommen. Die Menschen in der Stadt machen zunehmend von diesen Rechten Gebrauch.

Bürgerinitiativen und Betroffenenvertretungen wollen wir unterstützen. Sie stärken die Identifikation der Menschen mit der Stadt und ihrer Lebensumgebung und damit auch die

nachhaltige Entwicklung Berlins und seiner Kieze. Ein besonders wichtiges Feld sehen wir in der Stärkung der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Hier wollen wir ein Gesamtkonzept entwickeln. Wir setzen uns dafür ein, dass in allen Bezirken Kinder- und Jugendparlamente oder Kinder- und Jugendbüros eingerichtet werden.

- **Wie werden sie die Bürgerbeteiligung verstärken und die Anzahl der Beteiligungsverfahren und –gremien auf die geplanten 50 % bringen?**

Als Handlungsziel hatte das Abgeordnetenhaus 2006 festgeschrieben, die Anzahl der offiziellen Beteiligungsverfahren und –gremien um 50 % zu erhöhen. Angesichts der Vielfalt der intensiven Bürgerbeteiligungen in dieser Wahlperiode und angesichts mehrerer Volksabstimmungen und Bürgerbegehren in den Bezirken wurde dieses Ziel wahrscheinlich erreicht. Wir wollen uns damit aber nicht zufrieden geben. Wo Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten für Planungsprozesse verantwortlich sind, werden sie immer Beteiligungsverfahren als integrierten Bestandteil der Planung mit einbeziehen. Die von der SPD geführte Senatsverwaltung für Stadtentwicklung hat gerade zur Unterstützung der Bürgerbeteiligungsverfahren ein umfangreiches Handbuch „Partizipation als Teil modernen Verwaltungshandeln in Berlin“ der Öffentlichkeit vorgestellt. Es wird den Mitarbeitern der Verwaltung zur Verfügung gestellt und soll ihnen dabei helfen, Partizipation in Planungsprozesse und Verwaltungshandeln einzubeziehen.

3) Verkehr / Mobilität

- **Wie wollen Sie sicherstellen, dass die Verkehrsleistung der Innenstadt ein Verhältnis von mindestens 80 % Umweltverbund und höchstens 20 % motorisierten Individualverkehr annimmt und in diesem Zusammenhang die Klimagasemissionen aus dem Berliner Verkehrssektor bis 2030 um mindestens 25 % (verglichen mit 1990) sinken?**

Sozialdemokratische Verkehrspolitik entlastet die Innenstadt und die Wohngebiete vom Autoverkehr. Mit der Verlängerung der A 100 zum Treptower Park wollen wir im Rahmen eines Gesamtkonzeptes Verkehre bündeln und aus der Innenstadt heraus leiten. Zum Gesamtkonzept gehören der Rückbau von Straßen, die Einführung von Parkraumbewirtschaftung in der Innenstadt, die Einführung von Tempo30-Zonen. Auf der anderen Seite gehört dazu der Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs z.B. durch die Verlängerung und den Neubau von Tramlinien und die Förderung des Fahrradverkehrs. In den vergangenen Jahren haben wir über 100 km neue Radwege gebaut. Wir führen das Sonderprogramm Verbesserte FußgängerInnenüberwege und Barrierefreiheit im Straßenraum fort.

5. Berlin in der märkischen Landschaft

- **Wie wollen Sie über die nächsten 5 Jahre eine drastische Reduzierung der Flächenversiegelung erreichen, insbesondere bei Nachnutzungsprojekten wie Tempelhof und Tegel?**

Mehr als in vielen anderen Metropolen resultiert Lebensqualität in Berlin auch aus seiner Vielfalt und Vielzahl von Grün- und Wasserflächen. Diese Freiräume mit ihren wichtigen ökologischen Funktionen, aber auch in ihrer Naherholungsqualität wollen wir erhalten. Zielsetzung unserer Politik ist es, den Flächenverbrauch zu reduzieren. Hierzu gehören vor allem die Vermeidung überdimensionierter Oberflächenversiegelung bei neuen Bauvorhaben sowie ein sukzessiver Rückbau versiegelter Flächen im Bestand. Am Leitbild der nachhaltigen Stadt soll auch die Liegenschafts- und Immobilienpolitik des Berliner Senats ausgerichtet werden. Die Vermarktung und Entwicklung landeseigener Grundstücke muss an ökologischen und nachhaltigen Zielen orientiert sein. Wir machen Investoren verbindliche Auflagen, auch zur Entsiegelung des Bodens.

Zu unseren Zielen für die Entwicklung des Tempelhofer Feldes gehört ein Park, der auch in Zukunft nicht bebaut wird. Er bleibt ein ökologisch wichtiger Freiraum innerhalb der dicht bebauten Innenstadt. Eine behutsame bauliche Entwicklung soll es nur an seinen Rändern geben. Auch bei der Entwicklung des Flughafengeländes in Tegel zu einem zukunftsorientierten Forschungs- und Industriestandort, werden wir auf einen möglichst geringen Flächenverbrauch achten und wo möglich heute versiegelte Flächenteile entsiegeln.

- **Wie erhalten Sie die Biodiversität der Stadt und sichern die ökologische Qualität von Ausgleichsmaßnahmen z. B. von Grünflächen und Lüftungsschneisen?**

Wir wollen die Anlage, Pflege und Erhaltung von Grün im Stadtgebiet ausweiten und setzen dabei auch auf bürgerschaftliches Engagement. Dazu gehören Maßnahmen der Hof-, Fassaden- und Dachbegrünung ebenso wie Ersatzpflanzungen für 10.000 verloren gegangene Straßenbäume. Wir wollen vorhandene regionale Grünzüge erhalten und – soweit dies möglich ist – auch unter Einbindung des Berliner Umlands ökologisch vernetzen. Dies gilt z.B. für das „grüne Band“ von der Innenstadt bis zum Naherholungsgebiet Barnim entlang des innerstädtischen Grenzverlaufs. Neben der Ausweisung von Landschafts- und Naturschutzgebieten haben wir in Berlin 18 schutzwürdige Lebensräume – z.B. Moore, Eichen-Buchenwälder und Feldhecken – unter besonderen gesetzlichen Schutz gestellt. Damit sichern wir biologische Vielfalt.

6. Energie- und Klimaschutzpolitik

- **Welche konkreten Maßnahmen werden in den nächsten 5 Jahren umgesetzt, um das Klimaziel von 80% Reduktion des CO₂-Ausstoßes bis 2050 zu erreichen?**
- **Was bedeutet das für die Berlinerinnen und Berliner?**

Wir haben das ehrgeizige Berliner Klimaschutzziel festgeschrieben, nach dem bereits bis 2020 eine CO₂-Reduktion von mindestens 40 Prozent erreicht werden soll. Wir erhöhen bei der Energieversorgung schrittweise den Anteil der erneuerbaren Energien. Die Erhöhung der Energieeffizienz ist für uns ein zentraler Schlüssel für die Reduzierung des CO₂-Ausstoßes. Dies ist auch eine zentrale Aufgabe für Wissenschaft und Forschung. Wir wollen den Aufbau eines Kompetenzzentrums Energieforschung durch den Ausbau des Innovationszentrums Energie an der TU. Wir wollen ein Smart Kiez-Gebäudesanierungsprogramm auflegen und für Heizungs- und Lüftungstechnik einen Ideenwettbewerb für energieeffiziente Gebäudetechnik für Industrie und Handwerk ausschreiben.

Dabei wollen wir Mieterinnen und Mieter vor sanierungsbedingten Mietbelastungen schützen. Dafür haben wir eine Bundesratsinitiative zur Mietrechtsänderung gestartet (siehe Antwort zu Frage 1). Wir wollen darüber hinaus einen „Mieten-Airbag“, vor, der die Zusatzkosten mildert und schon in der Sanierungsphase greift. Der Mieten-Airbag wird gespeist aus dem Zukunftsenergie-Fonds. Energieversorger und Eigentümer sollen an ihm beteiligt sein.

Im Verkehr setzen wir auf den Ausbau der Elektromobilität. Bis 2020 sollen 100.000 Elektroautos in Berlin fahren.

7. Wirtschaften und Arbeiten

- **Wie wollen Sie die Anzahl der Beschäftigten in kleinen und mittleren Unternehmen um 20% steigern?**

Basis unseres Wohlstands sind die vielen kleinen und größeren Unternehmen am Standort Berlin. Wir schaffen für sie gute Rahmenbedingungen durch Bürokratiearmut. Zahlreiche Unternehmen sind in den letzten Jahren in Berlin entstanden. Wir wollen sie wirksam unterstützen. In dieser Wahlperiode wurde dafür der Unternehmensservice in den Bezirken eingeführt. Wir wollen ihn weiter verbessern, damit er vor Ort Ansprechpartner für die Anliegen der Betriebe ist. Diese aktive Bestandspflege ist uns wichtig.

Darüber hinaus wollen wir Unternehmensgründungen unterstützen, zum Beispiel durch die Schaffung von Technologie- und Gründerzentren wie in Charlottenburg-Wilmersdorf, Oberschöneweide oder Dahlem. Die SPD setzt sich – insbesondere für Unternehmensgründerinnen und -gründer in der Kreativwirtschaft – für den Aufbau von Co-Working-Arbeitsplätzen, also Räumlichkeiten und Infrastruktur für kleine Selbständige ein. Die Investitionsbank Berlin muss ihr Profil als Strukturförderbank sowie Förderer und Partner der Berliner Unternehmen und Selbständigen weiter schärfen. Wir werden dafür die Kreditprogramme der IBB evaluieren.

Durch möglichst kleinteilige Auftragsvergabe der öffentlichen Hand wollen wir das regionale Handwerk stärken. Die energetische Sanierung von Gebäuden schafft viele Arbeitsplätze in unterschiedlichen Gewerken. Daher werden wir nicht nur aus umweltpolitischen, sondern auch aus wirtschaftspolitischen Gründen hier einen Schwerpunkt in der Investitionspolitik setzen.

- **Wie wollen Sie den Anteil der Erwerbstätigen auf Null senken, die unterhalb der Armutsgrenze leben?**

Die SPD setzt sich für die Einführung von gesetzlichen Mindestlöhnen von 8,50 Euro ein. In Berlin werden wir in der nächsten Legislaturperiode das Berliner Vergabegesetz, mit dem wir bundesweit als erstes Land die Einhaltung von Mindestlöhnen als Vergabebedingung festgeschrieben haben, entsprechend anpassen. Gerechte und existenzsichernde Löhne und die Stärkung von Arbeitnehmerrechten gehören zu einer modernen Arbeitsgesellschaft und fördern Motivation der Beschäftigten.

- **Wie erhält, wer keine Chance auf einen Arbeitsplatz hat, eine entlohnte Tätigkeit im öffentlichen oder gemeinnützigen Sektor?**

Die SPD will sich nicht damit abfinden, dass Menschen auf Dauer keine Chance auf einen Arbeitsplatz haben. Deshalb setzen wir auf eine aktive Arbeitsvermittlung und vor allem auf Qualifizierung. Wir planen eine Reform der Jobcenter, damit sie dezentraler arbeiten können und näher an den Menschen sind. Der Betreuungsschlüssel zwischen Vermittlern und Arbeitslosen soll verbessert werden.

Dennoch wissen wir, dass sinnvolle öffentliche Beschäftigung nach wie vor nötig ist. Dazu haben wir den Öffentlichen Beschäftigungssektor, über den Langzeitarbeitslose gesellschaftlich wertvolle Arbeit im kulturellen oder Sozialbereich erhalten, für die nächsten Jahre auf ein sicheres Fundament gestellt. Es sollen 5.000 Arbeitsplätze erhalten werden. Das Land Berlin wird dafür trotz seiner schwierigen Finanzlage eigene Mittel in Höhe von 36 Millionen Euro pro Jahr ausgeben. Öffentliche Beschäftigung muss jedoch mit Qualifizierung verbunden werden, damit sie Menschen langfristig weitergehende Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt eröffnet.

8. Bildung für die Zukunft

- **Kein Schulabgänger ohne Schulabschluss – womit erreichen Sie das?**

Wir haben uns in unserem Wahlprogramm das Ziel gesetzt, in den kommenden fünf Jahren die Zahl der Schulabbrüche zu halbieren. Dafür haben wir wichtige Schulreformen auf den Weg gebracht. Vor allem haben wir die bisherigen Haupt-, Real- und Gesamtschulen zur neuen Schulform der Integrierten Sekundarschule zusammengefasst. Hier können Schülerinnen und Schüler individuell gefördert werden und jeden Schulabschluss machen, auch das Abitur. Die Gemeinschaftsschulen bilden ein zusätzliches Angebot für das gemeinsame Lernen von der 1. Klasse bis zum Ende der Schullaufbahn. Damit verfolgen wir unser Ziel Chancengleichheit in der Bildung zu erreichen und soziale herkunftsbedingte Unterschiede abzubauen.

Aber auch die frühkindliche Bildung in der Kita, die wir ausgebaut und von Gebühren befreit haben, liefert wichtige Grundlagen, um späterem Schulversagen entgegen zu wirken. Die Erfolge sind dabei messbar. Die verstärkte sprachliche Bildung in den Kitas hat z.B. dazu geführt, dass die sprachlichen Defizite von Kindern (deutscher wie nichtdeutscher Herkunft) bei der Einschulung enorm verringert werden konnten. Dies ist besonders zu betonen, weil nicht ausreichende Sprachkompetenz eine wichtige Ursache für späteres Schulversagen ist.

- **Wie können Bildungsinhalte und –strukturen nach dem Programm „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE) ausgerichtet und dauerhaft verankert werden?**

Bildung für eine nachhaltige Entwicklung wurde durch das Modellvorhaben Transfer-21 in die Berliner Bildungspolitik integriert. Die Schulen werden regelmäßig mit neuen Unterrichtsmaterialien und Informationen zu nachhaltiger Entwicklung versorgt. Wer das Strukturprinzip der Nachhaltigkeit für die gesellschaftliche Entwicklung ernst nimmt, der darf jedoch Bildungsprozesse, die dies befördern sollen, nicht nur als einen besonderen

Lehrstoff neben anderen, womöglich sogar nur in einem separaten Schulfach, ansehen. Nachhaltigkeit muss der grundlegende Blickwinkel für die Bildungsinhalte in zahlreichen Schulfächern sein. Das umfasst sowohl naturwissenschaftliche Fächer, als auch Fächer wie Sozial- und Gemeinschaftskunde oder Geographie. Nachhaltige Bildung beginnt bereits bei der praktischen Gestaltung des Schullebens. Grundlegende, übergreifende Fragen der Nachhaltigkeit können im Fach Ethik vermittelt werden, das wir in Berlin als neues Pflichtfach eingeführt haben. Zudem bieten interdisziplinär angelegte Unterrichtseinheiten die Möglichkeit, den Querschnittsansatz von nachhaltiger Entwicklung zu unterstreichen.

Querschnittsaufgaben:

1. Berlin in der einen Welt – globale Verantwortung der Stadt

- **Wie wird eine nachhaltige und faire Beschaffung der Berliner Landes- und Bezirkseinrichtungen nach erfolgter Änderung des Vergabegesetzes jetzt auch praktisch umgesetzt?**

Für die Umsetzung des Vergabegesetzes und seine sozialen und ökologischen Zielsetzungen sind Verwaltungsvorschriften in der Erarbeitung. In die Leistungsbeschreibungen bei Ausschreibungen müssen die jeweiligen ökologischen und sozialen Kriterien als Bedingung möglichst genau hineingeschrieben werden. Dazu ist es wichtig, dass alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in den einzelnen Verwaltungen mit diesen Aufgaben betraut sind, für ihren Bereich die erforderlichen inhaltlichen Schulungen erhalten, damit sie wissen, worauf in ihrem Bereich zu achten ist. Dort wo Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten für die entsprechenden Verwaltungsbereiche Verantwortung tragen, werden sie darauf achten, dass dies geschieht.

- **Wie sollen Unternehmen und private Konsumenten zu einem fairen und ökologisch tragfähigen Verbrauch angeregt werden?**

Nachhaltigkeit als Grundprinzip des Handelns ist ein gesamtgesellschaftlicher Lernprozess, der nach unserer Einschätzung gut vorankommt. Politik kann hier durch das gute Beispiel anregen und Rahmenbedingungen schaffen. Eine nachhaltige Lebensweise als Konsument oder nachhaltiges Wirtschaften als Unternehmen können jedoch, wenn sie gelingen sollen, nur in begrenztem Maße verordnet werden, es sei denn die öffentliche Hand ist selbst Auftraggeber von Unternehmensleistungen. Ziel ist die Beteiligung möglichst vieler Konsumentinnen und Konsumenten zur kritischen Hinterfragung von Produktionsprozessen, Transportwegen und Dienstleistungsangeboten.

2. Geschlechtergerechtigkeit

- **Wie sichern Sie Aufstiegschancen und Lohngleichstellung von Frauen?**

Gleichstellung der Geschlechter ist ein altes und erklärtes Ziel der SPD. Dies gilt auch für Aufstiegschancen und Lohngleichheit. Wir vertreten schon seit Jahrzehnten die Forderung, dass es für gleiche Arbeit gleichen Lohn geben muss. Im eigenen Bereich haben wir gehandelt. Von acht Senatsverwaltungen werden vier von Frauen geleitet. Auch die Hälfte der Staatssekretärpositionen ist in Berlin mit Frauen besetzt. Wir haben die Frauenquote in den

Aufsichtsräten der landeseigenen Betriebe bereits übertroffen, auch in die Vorstände ziehen immer mehr Frauen ein.

Im privatwirtschaftlichen Bereich will die SPD in der kommenden Legislaturperiode ein Bündnis für Gleichstellung mit verantwortungsbewussten Berliner Unternehmen schließen. Diese verpflichten sich selbst zur Förderung von Frauen in Führungspositionen, zur Aufstellung verbindlicher Frauenförderpläne sowie zur Verwirklichung des Grundsatzes der gleichen Bezahlung von Frauen und Männern für gleichwertige Arbeit. Wir setzen uns zudem für eine gesetzliche Frauenquote von 40 Prozent in Aufsichtsräten und Vorständen ein.